

Schneider-Zeitung

Organ des Verbandes christlicher Schneider, Schneiderinnen und verwandter Berufe

Die „Schneider-Zeitung“ erscheint alle 14 Tage Sonntags und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. Für Nichtmitglieder kostet die „Schneider-Zeitung“ durch die Post bezogen 1 Mark pro Quartal ohne Bestellgeld.

Deutschlands
Herausgegeben vom
Zentralvorstand.

Redaktion u. Expedition: Köln a. Rh., Venloerwall 9, Fernsprechschluß-Nr. A 8638. — Redaktionschluß Montags Mittags vor dem Erscheinungstag. — Inseratannahme durch Otto Kleine, Berlin SW. 47, Nöldenstr. 67.

13. Jahrgang.

Köln, den 13. Mai 1916.

Nummer 10.

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften im 2. Kriegsjahr.

Der Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften hat in Nr. 9 des Zentralblattes seinen Bericht für 1915 veröffentlicht. Einleitend betont der Bericht, daß auch im Kriegsjahr 1915 ein überaus reiches Arbeitsfeld vorgelegen habe, dessen Verwältigung infolge der Kriegsverhältnisse nicht leicht war.

Kriegsfragen, so heißt es weiter, sind Fragen der Allgemeinheit. Sie führen eine gewisse Gleichmäßigkeit im Leben und Streben, Denken und Handeln herbei. Gemeinliche Sorgen stehen im Vordergrund. Eine Organisationsbewegung, wie die der Gewerkschaften, tritt daher mehr wie sonst als geschlossene Körperschaft auf den Plan, um zu den schwebenden Fragen Stellung zu nehmen und zu handeln. Wir sehen denn auch die christlichen Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit immer aufs neue wieder mit den die Allgemeinheit betreffenden Fragen beschäftigt. Vor allem mit den in der belagerten Festung Deutschland wichtigsten Gegenstand: der Lebensmittelförderung. Das ist nur natürlich, denn die Arbeiterbevölkerung ist infolge ihrer Stellung der am meisten bedrohte Teil des Volksganges. Manche behördlichen Maßnahmen und Unterlassungen zeugen von einer selbstlosen Fernsicht gerade dieses Zusammenhanges. Wie hätte sonst die Kartoffelnot entstehen können! Gerade auf diesem Gebiete war denn auch das Eingreifen der Bewegung von besonderem Nachdruck. Doch wurden auch die sonstigen Bedürfnisse des Lebensbedarfs nicht vernachlässigt. Das Eingreifen geschah niemals willkürlich und aufs Geratewohl, sondern immer nach bestimmtem Plan: im geeigneten Augenblick eine gut begründete und mit überzeugendem Material belegte Eingabe, und dann ein einheitliches Vorgehen der Bewegung in bestimmter Richtung auf der ganzen Linie. Es konnte zu wiederholten Malen in unserer Presse der unmittelbare Erfolg des Vorgehens festgestellt werden. Inzwischen haben, durch die christlichen Gewerkschaften veranlaßt, die verschiedenen Gruppen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, wie im vorigen Frühjahre für 1915/16, auch für das Wirtschaftsjahr 1916/17 Richtlinien für die planmäßige Verwertung der diesjährigen Ernte aufgestellt, die demnächst den zuständigen Stellen zugehen.

Scharfe Worte fand die Bewegung wiederholt gegen den Bucher mit den notwendigen Bedarfsmitteln. Es gibt wohl keine Frage, bei der sich so klar zeigt, daß gegen die guten Sitten verstoßendes Verfahren und volkswirtschaftliche Schädigung gleichbedeutend sind. Die Gewerkschaften haben gerade auf diesem Gebiete ein besonderes Recht, mitzusprechen. Im Gegensatz zu England haben die Gewerkschaften in Deutschland das Menschenwürdige dazu beigetragen, zu angemessenen Bedingungen Güter auf den Markt zu bringen. Sie sind der heimischen Produktion nicht nur zu seiner Zeit während des Krieges hinderlich geworden, sondern sie haben sie nach besten Kräften gefördert. Als der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter seinen Kassenbericht für 1915 veröffentlichte, bestätigte ihm sogar ein Blatt, wie die „Kreuzzeitung“:

„Das Lob kann man der deutschen Bergarbeiterchaft nicht vorenthalten, daß sie, gegenüber den englischen Arbeitern, die den Krieg benutzten, durch zahlreiche Streiks und Lohnbewegungen Sonder Vorteile zu erreichen, durch Fleiß und Anpassungsfähigkeit einen wesentlichen Anteil haben an der Aufrechterhaltung des deutschen Wirtschaftslebens.“

Eine solche vorurteilslose Einstellung des Arbeiterverbandes auf die nationalen Bedürfnisse ist natürlich nicht das Ergebnis einer Augenblicksbeeinflussung. Sie setzt vielmehr eine nicht nur Jahre-, sondern jahrzehntelange ernste Schulung voraus. Das jetzige Verhalten der deutschen Gewerkschaften kann einer Frucht verglichen werden, die in den Jahrzehnten der Tätigkeit der oft verkannten, noch öfter verdächtigen „Streikgewerkschaften“ herangereift ist. Wenn man in seiner Ehrlichkeit wenigstens so weit gehen wollte, auch das anzuerkennen und — für die Zukunft die rechten Folgen daraus zu ziehen!

Gelegenheit zu letzterem: ist auch im Kriege reichlich gegeben. Bedeutende Kriegsfragen knüpfen nämlich in vieler Beziehung unmittelbar an spätere Friedensfragen an. Für viele Zweige der Kriegsbeschädigtenfürsorge trifft das in besonders starkem Maße zu. Verursachung

und Arbeitsvermittlung für die Kriegsbeschädigten sind Gegenstände, die ohne die sachkundige Hilfe der Gewerkschaften gar nicht durchzuführen zu erledigen sind. Nun sind aber gerade systematische Bemühungen von Arbeitgeberverbänden fehlzustellen, die Gewerkschaften von der Arbeitsvermittlung für die Kriegsbeschädigten auszuschießen. Mag man den wahren Grund dafür noch so sehr zu verschleiern suchen: es liegen genügend Belege vor, daß man die gewerkschaftliche Anteilnahme von der Lohnvereinbarung für die Kriegsbeschädigten ausschließen wollte. Es hat eines förmlichen Pressefeldzuges bedurft, um die Öffentlichkeit auf die Tatsache hinzuweisen, daß man mit allerlei Verbrämungen die angehörte Ausbeutungsmöglichkeit gegenüber den Kriegsoffizieren sichern wollte. Unter dem furchtbaren Kriegsdruck konnte der öffentliche Mitleid wenigstens für jetzt jene Verbrämungen zurückdrängen. Wie aber, wenn der Kriegsdruck nach Wiederherstellung des Friedens nicht mehr so unmittelbar wirkt? Dann besteht nur unter der Voraussetzung der Gewährung für die angemessene Behandlung der Kriegsbeschädigten auf den Arbeitsplätzen, daß diese in den Gewerkschaften eine Stütze haben.

Die Gewerkschaften haben in sofern bereits wirksame Vorbereitungen in diesem Sinne getroffen, als sie die Behandlung der Kriegsbeschädigten zu einem eigenen Teil der Tarifverträge zu machen suchten. Vielfach, so namentlich im Holzgewerbe, ist das bereits gelungen. Unter diesen Umständen ist es besonders beklagenswert, daß, nachdem im Holzgewerbe eine umfassende Tarifvereinbarung gelang und auch im Buchdruckgewerbe eine Regelung zustande kam und im Baugewerbe sich Schwierigkeiten ergeben haben. Es ist geradezu erschütternd, daß, nachdem man eben noch der Reichsregierung in ihrer Erklärung von der Unentbehrlichkeit der Gewerkschaften zugestimmt, die große Öffentlichkeit die Ereignisse in dem volkswirtschaftlich so wichtigen Baugewerbe so ruhig hingenommen hat. Ja, große Tageszeitungen dankten dem Bauarbeiterverbande, der den Arbeitern „aus eigenem“ eine Leuerungszulage bewilligte, dies als eine große vaterländische Tat. Das ist ein Beweis für die Oberflächlichkeit, mit der der Durchschnittsbürger diesen gewerkschaftlichen Fragen gegenübersteht. In Wirklichkeit bedeutet doch das Vorgehen des Arbeiterverbandes nicht mehr und nicht weniger, als den Versuch zur Sprengung der Tarifgemeinschaft und der Gewerkschaftsorganisation. Es wird des ganzen Kräfteaufgebots der organisierten Arbeiterkraft bedürfen, um diesen zersetzenden Tendenzen Halt zu gebieten. Wann aber werden wenigstens die Redakteure unserer größten Zeitungen einmal zu der volkswirtschaftlichen Erkenntnis kommen, daß die selbständige Arbeiterbewegung nicht in unzureichenden Lohnzuständen ihr Ziel sieht, sondern in einer volkswirtschaftlich überaus wünschenswerten Neuregelung der gewerkschaftlichen Beziehungen!

Die Behörden haben glücklicherweise etwas mehr Verständnis an den Tag gelegt. Schon daß die Reichsregierung sich um die Wiedererneuerung der Tarifverträge bemüht, war grundsätzlich wichtig. Nicht minder, daß bei der Vergebung von Verreslieferungen mit den betreffenden Arbeitgebern unabhängige Mindestlöhne festgesetzt wurden. Sozialpolitisches Verständnis legen namentlich manche Generalkommandos an den Tag. In diesem Zusammenhang verdient insbesondere die Regelung von Lohnarbeitelöhnen Erwähnung. Umso mehr, als dadurch vielfach die gesetzlich sozuzugewandten in der Luft hängende Frage der Errichtung von Fabrikarbeitsstätten praktisch gelöst wurde, jedoch von hier aus wirksame Vorstöße zu einer endlich allgemeinen Verwirklichung der alten Forderungen der Heimarbeit unternommen werden können. Dieses ganze Gebiet hat durch den Krieg an Bedeutung gewaltig zugenommen. Die Kriegsbeschädigten treiben viele ehemaligen Kollaboranten, der Verlust des Mannes oder des Ernährers zahllose Frauen und Waisen in die Heimarbeit. Wird da nicht von vornherein für eine gesunde Grundlage der künftigen Verhältnisse gesorgt, dann gehen wir auf dem Arbeitsmarkte den verhängnisvollsten Verursachungen entgegen.

Sehr beunruhigt werden ferner die zukünftigen Verhältnisse in der Volkswirtschaft und auf dem Arbeitsmarkte durch die Zunahme der Frauenarbeit. In Frage kommt hier insbesondere das Einbringen der Frauenarbeit in früher davon fast oder gar nicht berührte Gewerbe, wie die Metallindustrie, das öffentliche Verkehrswesen usw. Die künftige Bedeutung dieses Zustandes, der allerdings

nach Rückkehr der Krieger viel von seiner Ausprägung einbüßen wird, hat ihre Schwelten bereits vorausgeworfen. Ein Teil der Unternehmerrasse hat die Lösung ausgegeben, daß die Frauenarbeit, obwohl niedriger entlohnt, sich mehr oder weniger der Männerarbeit ebenbürtig erweisen habe, daß daher nicht gefragt werden dürfe, die Frauenarbeit werde zu niedrig entlohnt, sondern daß es heißen müsse, die Männerarbeit werde verhältnismäßig zu hoch entlohnt. Für die breite Öffentlichkeit, die den Zweck der Lösung nicht durchschaut, wird dieses Lohndruckbestreben mit dem Hinweis bemängelt: wolle Deutschland nach dem Kriege wettbewerbsfähig auf dem Weltmarkte sein, dann müsse es die Arbeitslosen möglichst billig halten, da es wegen seiner ungünstigen geographischen Lage die Rohstoffe größtenteils teurer bezog. An jenen, die so reden, ist die ganze neuzeitliche wirtschaftliche Entwicklung spurlos verübergegangen. Hat nicht diese Entwicklung immer wieder den ursächlichen Zusammenhang von höherer Entlohnung und besserer Arbeitsleistung dargestellt? Erfahren sich Deutschlands Produktionskräfte nicht ganz besonders von jener Zeit an, wo die deutsche Arbeiterchaft besser gewertet und ihre Leistung höher bezahlt wurde? Und sind aus Amerika und England nicht noch heute auf manchen Gebieten vor, weil sie die betreffende Arbeiterchaft höher entlohnen? Übrigens ist es merkwürdig: dieselben Leute, die für den Lohndruck eintreten, erklären zugleich auf der anderen Seite, daß Deutschland den Weltmarkt durch Vierterung von Qualitätsarbeit zu beherrschen suchen müsse. Wir erhalten so das Schema: höhere Leistung bei niedrigerer Entlohnung! Die Gewerkschaften werden sich mit aller Wucht gegen Versuche, derartige zu verwirklichen, auflehnen, wie es schon während des Krieges geschehen ist. Die treuen Lebensverhältnisse sind wirklich ein possender Hintergrund für die neue Art von Arbeitgeber-Nationalökonomie!

Wichtige Aufgaben traten auch schon während des Krieges auf dem Gebiete der Jugendarbeit hervor. Die Entlohnung der Betriebe von den Erwachsenen hat den Jugendlichen eine Rolle im Produktionsprozeß zugewiesen, die sie mit großer Verantwortlichkeit belastet, noch ehe sie körperlich, geistig und moralisch dazu reif sind. Diese Jugend ist mehr noch wie jede frühere den Händen wohlwollender Berater anzuvertrauen. Sollen sich aus dem heutigen Zustande nicht verhängnisvolle Entwicklungen ergeben, dann ist ein festes Zutreffen dort vonnöten, wo der Jugendliche den größten Teil seines Lebens vollbringt: auf der Werkstätte. Die Aufgabe der Gewerkschaften hat auf diesem Gebiete an Umfang und Tragweite erheblich zugenommen.

Einschneidende Kriegswirkungen, wiederum auch besonders für die Arbeiter, waren die Produktionsbeschränkungen im Textilarbeiter und die Streckungsmaßnahmen in der Bekleidungsindustrie. Auch das waren Gelegenheiten, wo sich die Gewerkschaften als Anwalt der Arbeiterfrage betätigen konnten, sowohl nach der Seite der Unterbringung der Arbeitslosen, wie auch hinsichtlich der Anbahnung und Einleitung von Fürsorgemaßnahmen. Für diese und für eine Reihe ähnlicher Angelegenheiten hat sich das taktische Zusammengehen der drei großen Gewerkschaftsrichtungen als sehr nützlich erwiesen.

Diese Gemeinschaftsarbeit erwies sich außerdem namentlich in der Abtragung geschädigten Eingreifens auf den verschiedenen Gebieten als sehr wertvoll. So im Bergbau hinsichtlich der seit langem erdriehenden Verschmelzung von Anknüpfungsbereinen, die namentlich in der Durchführung begriffen ist. Zeitweise gingen die gemeinsamen Bemühungen auch in anderer Richtung über die eigentlichen Gewerkschaftsfragen hinaus. Beispielsweise machten die drei Gewerkschaftszentralen einen durchaus gefälligen Versuch, die nichtamtlichen Vertreter bei den Landesversicherungsanstalten der Invalidenversicherung zu versammeln, um über ein gleichmäßiges Vorgehen der Anstalten in der Kriegsopferversorgung zu beraten und ein besseres Zusammenarbeiten dieser Vertreter für die Zukunft überhaupt einzuleiten. Die Arbeiterorganisationen sind eben die unentbehrliche Vertretung der Arbeiter in allen einschlägigen Einrichtungen.

Natürlich haben die immer noch steigenden Einberufungen weiter dorthin die Mitgliederzahlen hineingepackt. Nach vorläufigen Feststellungen betrug der gegenwärtig beizuzählende Mitgliederstand in den christlichen Gewerkschaften Ende 1915 rund 100.000. Die einzelnen Verbände sind von den Einberufungen sehr ungleichmäßig getroffen wor-

